



ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΠΑΡΛΑΜΕΝΤ ΠΑΡΛΑΜΕΝΤΟ ΤΟΥΡΚΙΑΣ EVROPSKÝ PARLAMENT EUROPA-PARLAMENTILE
ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΠΑΡΛΑΜΕΝΤ EUROPA PARLAMENTI EYPOHAIPO KOINOTOYTAIO EUROPEAN PARLIAMENT
PARLEMENT EUROPÉEN PARLAMENTU NA ŘECKU EUROPSKI PARLAMENT PARLAMENTO EUROPEO
EUROPA-PARLAMENTIS EUROPOS ŽALAIKŲ TALA EUROPAI PARLAMENTI O. PARLAMENTI EVROPEŮ
EUROPEJSKI PARLAMENTI PARLAMENTI EUROPEJSKI PARLAMENTI EUROPEU PARLAMENTI EUROPEAN
EVROPSKY PARLAMENT EVROPSKI PARLAMENT EUROPAI PARLAMENTI EUROPARLAMENTILE

107835 10.10.2014

Referat Bürgeranfragen
A(2014)09682-CP-DE
MD/cns

Herrn
Horst GLANZER

Sehr geehrter Herr Glanzer,

vielen Dank für Ihre Faxschreiben an den Präsidenten des Europäischen Parlaments. Die Ausführungen bezüglich Ihrer persönlicher Rechtssache und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg wurden zur Kenntnis genommen.

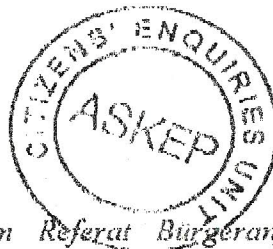
Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass Martin Schulz nicht persönlich antwortet, sondern uns, das Referat Bürgeranfragen des Europäischen Parlaments damit beauftragt hat.

Der EGMR ist eine Institution des Europarats, der institutionell nicht mit der Europäischen Union und somit auch nicht mit dem Europäischen Parlament verbunden ist. Das Europäische Parlament und sein Präsident besitzen daher keinerlei Weisungsbefugnis gegenüber diesen internationalen Organisationen, an die Sie sich gewandt haben.

In Bezug auf Ihre Bitte um sofortige Finanzhilfe müssen wir Ihnen allerdings mitteilen, dass im Haushalt des Europäischen Parlaments keine finanziellen Mittel zur individuellen Unterstützung von Bürgern vorgesehen sind. In dieser Angelegenheit könnten Sie, zusätzlich zu allen zuständigen nationalen und lokalen Behörden, eventuell noch verschiedene karitative Organisationen, wie z.B. Caritas, kontaktieren.

Für Ihr Vertrauen in die Arbeit von Präsident Schulz bedanken wir uns und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Referat Bürgeranfragen
Europäisches Parlament
www.europarl.europa.eu/askEP



Haftungsausschluss:

Bitte beachten Sie, dass die vom Referat Bürgeranfragen des Europäischen Parlaments erteilten Informationen nicht rechtsverbindlich sind.

